

**Quellen und Forschungen zur
Brandenburgischen und Preußischen Geschichte**

Band 61

Der 9. November 1918 in Berlin – neue Perspektiven

**Der ehrengerichtliche Streit zwischen
dem preußischen Kriegsminister Heinrich Scheüch
und dem Generalmajor Gustav Graf von Waldersee
1918–1922**

**Herausgegeben und bearbeitet von
Winfried Baumgart**



Duncker & Humblot · Berlin

Der 9. November 1918 in Berlin –
neue Perspektiven

Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte

Begründet von Johannes Kunisch,
fortgeführt von Wolfgang Neugebauer

Herausgegeben im Auftrag der
Preußischen Historischen Kommission, Berlin
von Prof. Dr. Hans-Christof Kraus
und Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll

Band 61

Der 9. November 1918 in Berlin – neue Perspektiven

Der ehrengerichtliche Streit zwischen
dem preußischen Kriegsminister Heinrich Scheüch
und dem Generalmajor Gustav Graf von Waldersee
1918–1922

Herausgegeben und bearbeitet von
Winfried Baumgart



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2024 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI Books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0943-8629
ISBN 978-3-428-19407-0 (Print)
ISBN 978-3-428-59407-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die historische Wissenschaft verfügt über eine Reihe von Quellenausgaben, die über die Revolution vom 9. November 1918 in Deutschland umfassend und gut Auskunft geben¹. Die Revolution ist in ihrer Vorgeschichte und ihrer Vorbereitung stets im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen zu sehen. Schon der Umstand, daß die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff im Aufwind der russischen Oktoberrevolution die große Offensive im Westen plante und dann im März 1918 ins Werk setzte, bedeutete, daß sie ein großes Risiko einging. Die revolutionäre Untergrundarbeit in Deutschland beruhigte sich durch den Austritt Rußlands aus dem Krieg 1917 keineswegs, sondern wurde energisch fortgesetzt. Als die große deutsche Offensive mißlang, war es nur noch eine Frage der Zeit, daß der Krieg auf deutscher Seite verloren gegeben werden mußte. Dann war mit Sicherheit eine innere Umwälzung ähnlich wie in Rußland zu erwarten. Auf diese Stunde haben sich die USPD und der Spartakus 1917/18 systematisch vorbereitet. Es war aber nicht ausgemacht, daß diese Kräfte dann ans Ruder kommen würden. Da die gemäßigte Sozialdemokratie, die MSPD, im Reichstag über eine Mehrheit verfügte, gab es zwei starke Strömungen, die den Umschwung planten. Darüber gibt es, wie gesagt, genügend aussagekräftiges veröffentlichtes Quellenmaterial. Über die beharrenden Kräfte, die beiden konservativen Parteien, das Offizierskorps und andere konservative Institutionen, gibt es bislang nur punktuell einschlägiges Material.

Diesem Mangel kann mit Hilfe der hier zusammengestellten Quellen für die besondere Perspektive des 9. November 1918 nun zum Teil abgeholfen werden. Das ausgewählte Material besteht indes aus Quellen, die allesamt *nach* dem 9. November entstanden sind und den Fokus allein auf eine wichtige Persönlichkeit der Novemberrevolution richten, nämlich den letzten preußischen Kriegsminister Heinrich Scheüch.

Als die Revolutionswelle am 9. November 1918 über Deutschland hereinbrach, wurde Scheüch aus der Ecke einer kleinen Gruppe rechtskonservativer Offiziere dafür verantwortlich gemacht, daß keine Gegenrevolution zustande gekommen war. Er wurde zusammen mit dem letzten Reichskanzler Prinz Max von Baden und dem letzten Generalquartiermeister, Wilhelm Groener, des Hochverrats beschuldigt. Die Angriffe auf Max von Baden lassen sich

¹ Unten S. 15 Anm. 2; ferner Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland I–IV.

quellenmäßig bislang nur lückenhaft verfolgen. Diejenigen gegen Groener endeten, wie aus dessen Biographie hervorgeht², bereits Ende 1919 vor einem militärischen Ehrengericht mit einem Freispruch. Die Angriffe gegen Scheüch wurden dagegen über vier Jahre geführt. Aber auch sie endeten schließlich im Juli 1922 mit einem fulminanten Freispruch für den Angeklagten. In Scheüchs Nachlaß befindet sich umfangreiches Quellenmaterial über diese jahrelangen Auseinandersetzungen, die von einer Gruppe von etwa zwanzig Generälen geführt wurden. Daraus wird hier eine kleine Auswahl präsentiert, die aber beanspruchen darf, einen repräsentativen Querschnitt durch das Material zu liefern. Damit werden zum erstenmal Quellen bereitgestellt, welche die Befindlichkeit einer bestimmten Gruppe hochrangiger Offiziere bloßlegen, die sich um die Vorgeschichte, den Ablauf und die Folgen des 9. November 1918 jahrelang stritten.

Staatsminister Karl Helfferich hat sich einmal nach dem Krieg im Reichstag über die Fähigkeiten deutscher Offiziere, Revolution zu machen oder Revolution zu verhindern, folgendermaßen ausgedrückt³: „Unsere Offiziere waren in alter Tradition zu sehr an Disziplin gewöhnt, um Widerstand auf eigene Faust und gegen die erteilten Beschlüsse zu organisieren.“

Die hier zusammengestellten Quellen stammen aus dem Nachlaß Scheüch. Dort beziehen sich über 2.000 Blatt (oft in Maschinschrift, zum Teil auch in Handschrift) auf die Auseinandersetzung Scheüch – Waldersee. Daraus wurden hier zwischen 15 und 20 Prozent ausgewählt. Der Nachlaß wird im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br.⁴ verwahrt und ist heute online zugänglich.

Die zahlreichen *Abkürzungen* (besonders die im militärischen Schriftverkehr üblichen) wurden in der Regel ohne Kennzeichnung aufgeschlüsselt, um den Lesefluß nicht zu hemmen. – Die *Orthographie* der Quellen bleibt unangetastet. Im wissenschaftlichen Apparat folgt sie dem Duden der 1990er Jahre.

Mainz, im August 2024

Winfried Baumgart

² Groener-Geyer, General Groener, S. 392–395.

³ Unten Anm. 138.

⁴ Einzelheiten unten am Schluß im Quellenverzeichnis.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Dokumentenverzeichnis	10
Dokumente	13
Verzeichnis der Quellen und der Literatur	230
Register	233

Einleitung

Es ist ein sehr merkwürdiges Schauspiel – man muß eigentlich sagen: Trauerspiel –, das die hier zusammengestellten Quellen bieten: Da bekämpfen sich an die zwanzig Generäle nach dem deutschen Zusammenbruch im November 1918 vier Jahre lang in der Öffentlichkeit, verleumden, verklagen einander vor ordentlichen Gerichten und außerordentlichen militärischen Ehrengerichten, fordern sich zum Pistolenduell auf, schreiben unentwegt seitenlange Aufzeichnungen und enden am Schluß nach ermüdendem öffentlichen und privaten Kampf vor einem Ehrengericht, das die Unschuld des einen – des Beklagten – einstimmig feststellt, und mit dem Eingeständnis des anderen – des Anklägers – endet, daß er falsche Anschuldigungen erhoben habe und fortan dem Gegner ehrenwerte Motive schriftlich bescheinige.

Worum geht es in diesem Krieg der Generäle? Kontrahent ist auf der einen Seite Generalmajor Gustav Graf Waldersee, der zuletzt 1918 Kommandeur der 1. Reserve-Infanterie-Division war. In der militärischen Geschichte des Ersten Weltkriegs spielte er keinerlei herausragende Rolle. Auf der anderen Seite ist es der letzte preußische Kriegsminister, General Heinrich Scheüch, der am 9. Oktober 1918 ohne sein Zutun in das Amt berufen wurde und es bis zum 2. Januar 1919 innehatte. Zwölf Tage nach Abschluß des Waffenstillstands von Compiègne, am 23. November 1918, stellt Waldersee an den Chef des Generalstabs, Generalfeldmarschall von Hindenburg, den Antrag¹, Kriegsminister Scheüch, ferner den Ersten Generalquartiermeister Wilhelm Groener, Nachfolger des vier Wochen zuvor entlassenen Generals Ludendorff, und den Chef der Operationsabteilung in der Obersten Heeresleitung, Wilhelm Heye, vor ein militärisches Ehrengericht zu stellen. Der Antrag ist in forderndem, naßforschem Stil gehalten und stellt eine Reihe von Fragen, auf die „dienstliche und rückhaltlose Aufklärung“ verlangt wird. Die zwei wichtigsten Fragen, auf die Waldersee Antwort erheischt, lauten: Wo befinde sich Seine Majestät der Kaiser und König? Auf welcher verfassungsmäßigen Grundlage beruhe die Regierungsgewalt der derzeitigen sogenannten neuen Reichsleitung? Im weiteren Verlauf des Antrags werden drei Personen genannt, die vor ein Ehrengericht gestellt werden müßten, weil sie „die ungeschlagene Armee“ in die „jetzige schmachvolle und entwürdigende Lage geführt“, den Kaiser zum Weggang von der Armee veranlaßt und diese damit „beleidigt und beschimpft“ hätten. Die drei Personen werden sodann mit Namen genannt: Kriegsminister

¹ Nr. 1 (vgl. auch Nr. 23).

General Scheüch – er habe in der Reichstagssitzung vom 26. Oktober die Kommandogewalt des Kaisers preisgegeben –; General Groener, der keinerlei Fühlung mit der Front gehabt habe und daher – gewissermaßen durch sein Dasein – die gesamte Armee schwer beleidigt habe; schließlich Oberst Heye; er habe dem Kaiser in den letzten Kriegswochen zum Ausdruck gebracht, daß Seine Majestät sich nicht mehr auf die Armee verlassen könne.

Eine Antwort auf diesen Antrag läßt sich nicht feststellen, dürfte auch gar nicht erfolgt sein, da Hindenburg wahrlich wichtigere Aufgaben zu erledigen hatte, als einen Frontoffizier in seiner gekränkten Ehre ruhigzustellen. Es ist bemerkenswert, daß in den Dokumenten, die der Antrag Waldersee nach sich gezogen hat, Hindenburg an keiner Stelle erwähnt wird, obwohl er ja am 29. September das überstürzte Drängen seines Adlatus Ludendorff nach einem sofortigen Waffenstillstand zu verantworten und den Krieg in ein nicht mehr umkehrbares Gleis geführt hat. Hindenburg war in diesen angespannten Wochen und Monaten des Kriegsendes offenbar die unangreifbare sakrosankte Figur.

Der Ball, den Graf Waldersee am 23. November 1918 ins Rollen gebracht hatte, wurde keine vier Wochen danach von einem kleinen publizistischen Organ aufgegriffen und weitergespielt. Die Zeitschrift heißt: „Auf Vorposten. Monatsschrift des Verbandes gegen die Überhebung des Judentums“. Sie war 1912 gegründet worden und trat als antisemitisches Hetzblatt auf. Im Oktober-/Dezemberheft 1918 dieses Blattes erschien der Aufsatz „Der Zusammenbruch“², der in folgenden Heften mehrfach aufgegriffen und variiert wurde. Der Artikel war ungenannt und ist beim Lesen eine einigermaßen schwer verdauliche Kost. Darin werden der „Freimaurer“ Groener, der „Elsässer“ Scheüch und der letzte Reichskanzler Max von Baden, der „Bademax“, als Hochverräter gebrandmarkt. Das Heft wurde den drei „Hochverrättern“ per Post zugesandt; darin wurde sogar die Seite eingeknickt, ab der der beleidigende Artikel „Der Zusammenbruch“ beginnt, damit die Adressaten sogleich auf ihn aufmerksam wurden. Der Hochverrat soll darin bestanden haben, daß Scheüch den Befehl des Reichskanzlers, auf die aufrührerischen Massen in Berlin dürfe nicht geschossen werden, blindlings ausgeführt und damit der „Umsturzpartei zu einem unblutigen Siege“ verholfen habe. In einem späteren Heft der „Vorposten“ wurde entrüstet bemängelt, daß der frühere Reichskanzler und die beiden Generäle es vorgezogen hätten, „die schweren Vorwürfe schweigend einzustecken“.

Was Scheüch anbelangt, so waren die Artikel zunächst einmal darauf angelegt, Scheüch zum Rücktritt von seinem Posten als Präsident des „Deutschen Offizier-Bundes“ zu veranlassen, zum andern, ihn in der Öffentlichkeit zu schmähen und ihn vor ein Gericht zu ziehen. Erleichtert wurde dem Blatt

² Nr. 8.

diese Absicht dann durch die erwartete Reaktion Scheüchs, als er endlich Mitte 1919 in der Tagespresse von „verleumderischen Behauptungen und Anschuldigungen“, die gegen ihn vorgebracht würden, sprach³. Gegen diese Reaktion zog der Herausgeber der „Vorposten“, Ludwig Müller von Hausen, mit einer Privatklage vor das Amtsgericht Charlottenburg. Die Klage, in der nun auch das später noch zu behandelnde Schießverbot Scheüchs vom 9. November 1918 eine Rolle spielte, wurde abgewiesen. Scheüch entschloß sich seinerseits, sich selbst Genugtuung zu verschaffen, und forderte Müller von Hausen nunmehr zum Pistolenduell auf. Dieser lehnte die Forderung ab, weil er den General nicht für satisfaktionsfähig hielt⁴.

In dem Zusammenhang spielt General Ludendorff eine kurze Rolle. Dieser hatte im Sommer 1919 seine „Kriegserinnerungen“ veröffentlicht und am Schluß des Buches⁵ Scheüch beschuldigt, sich im Reichstag und innerhalb der Reichsregierung nicht vor den Kaiser und das Heer gestellt zu haben: „Andernfalls hätte er sein Amt niederlegen müssen.“ Diesen Satz hat Scheüch als eine persönliche Beleidigung empfunden und Ludendorff zu einer öffentlichen Rücknahme auffordern lassen. Als dieser nicht darauf einging, ließ er dem ehemaligen Generalquartiermeister eine Duellforderung überbringen, die dieser ablehnte mit der Begründung, daß es sich in dem Buch um eine Feststellung der Wahrheit und der Tatsachen handle, nicht um Beleidigungen. Immerhin hatte dieses Interludium zur Folge, daß Scheüch Ende Oktober 1919 sein Amt als Präsident des „Deutschen Offizier-Bundes“ niederlegte.

Die antisemitische Zeitschrift „Auf Vorposten“ und General von Waldersee dürften untereinander in Verbindung gestanden haben. Das läßt sich aus den Quellen zwar nicht direkt feststellen, liegt aber wegen der gleichgerichteten Frontstellung gegen Scheüch auf der Hand. Waldersee war Mitglied im „Nationalverband Deutscher Offiziere“ (NDO), einer zweiten Standesorganisation (neben dem DBO) deutscher Offiziere. In deren Verbandszeitschrift veröffentlichte Waldersee eine Rede⁶, die er bei der Hauptversammlung des NDO am 22. November 1920 gehalten hatte. Darin zog er erneut gegen Scheüch zu Felde, indem er die rhetorische Frage stellte: „Wer hat dem alten Heere schließlich den endgültigen Todesstoß versetzt“, indem er dem Rat der Volksbeauftragten Anfang Dezember 1918 „schnellste Demobilisation“ und „organische Überleitung zur Volkswehr“ versprochen habe? Waldersee vervollständigt die Vorwürfe gegen Scheüch in einem Privatschreiben vom 22. März 1921 an einen Mittelsmann des Generals⁷. Danach soll Scheüch neben der Demobilmachung der Armee (die ja im Waffenstillstandsvertrag ohnehin ge-

³ Ebenda.

⁴ Nr. 18.

⁵ Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 613–614. Zum folgenden Nr. 18.

⁶ Ebenda.

⁷ Vgl. ebenda, ferner Nr. 19 und 20.